

# 1. September 2022

## Antikriegstag – Weltfriedenstag

# Für den Frieden!

## Verhandeln statt schießen!

### Keinen Euro für Krieg und Zerstörung

### – Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik!



In Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkriegs begehrt die Friedensbewegung seit Jahrzehnten den 1. September als Antikriegstag, um eine auf Frieden ausgerichtete Politik einzufordern. Durchgängig herrschte jedoch in den letzten Jahren in über 30 Ländern Krieg. Jetzt droht sogar ein Dritter Weltkrieg, wenn es nicht gelingt, die kriegerische Konfrontation in der Ukraine zu beenden. Gleichzeitig spitzen die USA und ihre Verbündeten auch die Konfrontation mit China gefährlich zu. Deutschland trägt nach zwei angezettelten Weltkriegen eine besondere Verantwortung für den Frieden. Es wird Zeit dass es dieser gerecht wird.

Ungeachtet aller Empörung über den russischen Einmarsch in die Ukraine müssen endlich ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, diesen Krieg zu stoppen. Dies wird nur über Verhandlungen zu erreichen sein. Die Lieferung immer mehr und schwerer Waffen verlängert dagegen nur den Krieg auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung und erhöht die Gefahr einer Eskalation in einen größeren Krieg, bei dem sich Atommächte gegenüberstehen.

Gleichzeitig führen die vom Westen gegen Russland verhängten, umfassenden Wirtschaftsblockaden zu Lieferengpässen und Preisexplosionen bei Energie und Lebensmitteln weltweit. In den armen Ländern Afrikas drohen Hungersnöte.

Im April hat der Bundeskanzler noch mit Bezug auf die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine vor der Gefahr eines Welt- oder gar Atomkrieges gewarnt. Schon allein die Gefahr einer Katastrophe in einem ukrainischen Atomkraftwerk sollte Grund genug sein, die Politik, „Russland zu ruinieren“, zu beenden und sich ernsthaft um Verhandlungen zu bemühen. Dass Berlin und Brüssel die italienischen Vorschläge ignorieren und Verhandlungen der Türkei überlassen, ist eine Schande.

Wir wenden uns entschieden gegen die geplante Hochrüstung, die mit den „Sondervermögen“ genannten Kriegskrediten in Höhe von 100 Milliarden Euro angeschoben werden soll, und die jährlichen deutschen Militärausgaben fast verdoppeln

würde. Diese Gelder müssen stattdessen in Zukunftsaufgaben, wie Bildung, Gesundheit, Beseitigung der Armut, Umweltschutz und Maßnahmen gegen den Klimawandel investiert werden.

Sicherheit für uns Menschen kann nicht durch Hochrüstung und militärische Interventionen erreicht werden, sondern nur durch eine gerechte Politik und nachhaltiges Handeln. Ein Streben nach Dominanz, unfaire Handelsbeziehungen und die immer größere Kluft zwischen Arm und Reich stehen dem diametral entgegen.

Wir sind für eine neue Politik der Zusammenarbeit statt Konfrontation, für eine Friedenspolitik der vertrauensbildenden Maßnahmen, die zu Entspannung und Abrüstung führt, zu einem System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung in Europa und weltweit, für eine Friedenspolitik, wie sie 1990 mit der Charta von Paris und den folgenden Abkommen angestrebt worden war.

Statt der Berufung auf eine vom Westen definierte „regelbasierte Ordnung“ fordern wir die Beachtung des Völkerrechts und ein Ende der Doppelmoral.

**In Erinnerung an die deutsche Verantwortung aus dem Zweiten Weltkrieg fordern wir von Berlin:**

- Konkrete Schritte zu Verhandlungen für einen Waffenstillstand und die Beendigung des Krieges in der Ukraine
- Schluss mit der Aufrüstung! Keine weiteren Milliarden fürs Militär, sondern Abrüstung und Investition in Soziales, Gesundheit, Bildung, Klima- und Katastrophenschutz
- Weg mit den Atomwaffen! Keine Atomwaffen auf deutschem Boden! „Nukleare Teilhabe“ beenden
- Unterzeichnung des Vertrags der UNO über das Verbot von Atomwaffen
- Statt Waffenlieferungen an die Ukraine, echtes Engagement für Verhandlungen
- Beendigung der folgenreichen Wirtschaftsblockaden

Friedensbündnis Heidelberg